

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 05.08.2017, Seite 6 / Ausland

Von Knut Mellenthin
07.08.2017

Italien als Vorreiter

Alte Kolonialmacht öffnet EU-Militär Weg in libysche Territorialgewässer



Marineinsatz gegen Flüchtlinge: Das italienische Militär soll Boote mit Schutzsuchenden zukünftig direkt vor der libyschen Küste aufbringen (23.6.2016)

Foto: Darrin Zammit Lupi/ Reuters

Italiens Absicht, in Libyen einen Militäreinsatz zur Flüchtlingsabwehr zu starten, stößt dort auf scharfen Widerspruch. Das Abgeordnetenhaus in Tobruk verurteilte das Vorhaben am Mittwoch als Verletzung der nationalen Souveränität und rief die UNO zum Eingreifen auf. Das Parlament in der ostlibyschen Hafenstadt ist die einzige international anerkannte

Volksvertretung des Landes, respektiert aber nicht die ebenfalls international anerkannte »Einheitsregierung« in der Hauptstadt Tripolis, die von EU und UNO eingesetzt wurde. Der vom Tobruker Abgeordnetenhaus autorisierte Warlord Khalifa Haftar, dessen Libysche Nationalarmee (LNA) von Bengasi aus operiert, kündigte an, dass seine Streitkräfte jedes Schiff angreifen würden, das ohne seine Erlaubnis in libyschen Gewässern fährt. Ausgenommen von diesem Befehl seien nur Handelsschiffe.

Beide Häuser des italienischen Parlaments, die Abgeordnetenkammer und der Senat, hatten dem neuen Militäreinsatz am Mittwoch mit großer Mehrheit zugestimmt. Als Block abgelehnt hatten das Projekt vor allem die rassistische Lega Nord und die nach rechts abdriftende Fünf-Sterne-Bewegung, die bei ihrer Gründung 2009 als eher linkspopulistisch gegolten hatte. Sie bezweifeln, dass das Unternehmen zur Senkung der Zahl der nach Italien kommenden Flüchtlinge führen wird.

Die wichtigsten Punkte des neuen Vorhabens: Es umfasst die Entsendung von Kriegsschiffen und Militärflugzeugen, wobei es sich in materieller Hinsicht um eine nicht sehr gewichtige Aufstockung der seit März 2015 operierenden nationalen Marinemission »Mare Sicuro« (Sicheres Meer) handelt. Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass italienische Soldaten zum ersten Mal innerhalb der libyschen Hoheitsgewässer und auch auf dem Festland des nordafrikanischen Staates eingreifen sollen.

Damit könnte Italien zum Vorreiter der gesamten EU werden, die seit über zwei Jahren eine solche Ausweitung des Operationsgebietes für ihren Einsatz »EUNAVFOR Med« anstrebt. Im Beschluss der römischen Abgeordnetenkammer wird die italienische Regierung ermächtigt und aufgefordert, sofort alle möglichen diplomatischen Initiativen zu ergreifen, um die Zustimmung der Tripolis-Regierung für den Übergang zur sogenannten Phase 3 von EUNAVFOR Med zu erreichen. Unter dieser Bezeichnung sieht der im Frühjahr 2015 beschlossene Plan der EU vor, in den libyschen Territorialgewässern zu operieren, aber darüber hinaus die für die Flucht benötigten Strukturen auf dem Festland zu zerstören.

Geplant ist mit der Ausweitung des italienischen Militäreinsatzes auch der Aufbau eines »Operationszentrums« auf libyschem Boden zur Koordination mit der Küstenwache der Tripolis-Regierung. In unbestimmter Form wird die italienische Regierung im Beschluss der Abgeordnetenkammer zudem beauftragt, »konkrete Konsequenzen für diejenigen NGOs festzulegen, die den Verhaltenskodex nicht unterschreiben wollen und sich damit außerhalb des Organisationssystems der Seenotrettung stellen«.

Italien komme mit der neuen »Mission« einer Bitte nach, die der Chef der Tripolis-Regierung, Fajes Sarradsch, am 23. Juli schriftlich geäußert habe, lautet die Schutzbehauptung. Das hat dieser jedoch, soweit es ausländische Operationen in libyschen Territorialgewässern angeht, bestritten. Von Anfang an war klar, dass die EU von Sarradsch, der im Dezember 2015 von außen ins Amt gehoben wurde, in erster Linie eine solche »Bitte« erwartete.